

## Referendum gegen das Steuerpaket des Bundes!

aus dem Sekretariat:  
www.vpod-ostschweiz.ch  
Neu im Internet!

### Nein zur Mehrbelastung von Kantonen und Gemeinden! Nein zu den Steuergeschenken an Reiche!

Der vpod unterstützt das Referendum gegen das Steuerpaket, das National- und Ständerat geschnürt haben. Die Folgen der Steuerausfälle werden gerade den öffentlichen Dienst (Kantone und Gemeinden) hart treffen: Weitere Abbauschritte, weitere Lohnschnitte werden die Folge sein. Diese Vorgehensweise hat (rechtsbürgerliches) System: Mit dem Entzug von Geld soll das Leistungsangebot des Staates reduziert werden.

Dies gilt es verhindern: Das Referendum muss mit unseren Unterschriften zustande kommen! **Unterschriftenbögen sind im Sekretariat erhältlich.**



Seit Mitte Mai kann man sich auf der neuen Homepage des vpod ostschweiz über die Aktivitäten und News der vpod Region ostschweiz informieren. Wir aktualisieren die Internetseite laufend. Neue Termine von Gruppen und Sektionen nehmen wir gerne auf. Einfach Kontaktformular ausfüllen und Datum, Zeit, Ort und Inhalt der Veranstaltung angeben. Zum Sparpaket St. Gallen 2004 und den geplanten Aktionen: auf www.vpod-ostschweiz.ch immer die aktuellsten News.

#### Einen neue Stimme auf dem vpod-Sekretariat:



Mein Name ist Minka Berov, ich bin 19 Jahre alt und habe im Anschluss an meine bestandene Matura die Praktikumsstelle beim vpod- Ostschweiz in Angriff genommen. Ich arbeite zu 40% im Sekretariat und besuche nebenbei den Vorkurs für Gestaltung an der Textilfachschule in St.Gallen.

#### Kanton St.Gallen Aktionen gegen das Sparpaket

##### September-Aktionen

- Information des Personals via Aushänge
- Kartenaktion zum kantonalen Frei-Tag vom 12. September 2003
- Öffentlichkeitsarbeit in den Medien

##### November-Aktionen

- Vorbereitung eines Grossanlasses aller Personalverbände des st.gallischen Staatspersonals

#### Wir suchen Helferinnen und Helfer!

- Verteilung der Informationen in der Abteilung
- Unterstützung bei den Aktionen

#### Anmeldung:

Tel. 071 223 80 43  
Mail: vpod.ost@bluewin.ch  
infos: laufend informieren wir über unsere  
HomePage: [www.vpod-ostschweiz.ch](http://www.vpod-ostschweiz.ch)

**10. September Pensioniertentreffen in Frauenfeld,  
Treffpunkt 9 Uhr im Rathaus Frauenfeld**

**10. September Schweizerischer Aktionstag  
„Hände weg von der AHV“**

**12. September, Grillabend der Gruppe kant. Personal,  
Habilonscheune (Remishueb 5, St. Gallen)**

Termine

## Die Zitrone ist ausgepresst!



Ausgepresst wie eine Zitrone - Das Personal hat genug von einseitigen Sparmassnahmen!

### Muss das Personal für die Fehler der Politiker gerade stehen?

Mit dem Sparpaket 2004 werden Arbeitsplätze abgebaut. Im Budget 2004 wird voraussichtlich die Lohnschere angesetzt: Keine generelle Lohnhöhung, kein Stufen- resp. Dienstjahrsanstieg, Reallohnabbau also! Damit stellt sich

die Frage: Muss das Personal des Staates für die Fehlentwicklungen durch Entscheide des Parlamentes geradestehen?

Mit dem Sparpaket 2004 und den weiteren angekündigten Sparmassnahmen für 2005 werden weit über 100 Stellen abgebaut. Die reale Lohnentwicklung der Angestellten des Staates und der Lehrkräfte wird tief im Minus sein, denn neben einer Nullrunde wird voraussichtlich auch der Stufen- resp. der Dienstjahrsanstieg für das Staatspersonal und die Lehrkräfte ausgesetzt.

**Wirtschaftspolitischer Fehler:** Die Massnahmen des Staates werden fatale Folgen haben. Der Arbeitsplatzabbau und das fehlende Geld für den privaten Konsum entfalten ihre Wirkung zur Unzeit: Dann nämlich wenn aller Voraussicht erste Zeichen von Konjunkturerholung sichtbar werden. Der Staat verhält sich genau verkehrt und wird die positiven Anzeichen der Erholung wieder abwürgen.

**Nur noch Verschlechterungen!** Mit den beschlossenen Sparmassnahmen, denjenigen die noch ausstehen und erst in der September-Session oder später entschieden werden, geraten die Besoldungs-, die Anstellungs- und Arbeitsbedingungen massiv unter Druck. Bereits ist beschlos-

sen, dass bei den Treueprämien 2 Mio. Franken gespart werden muss. Es ist absehbar, dass die gesamten Bedingungen teilweise massiv unter Druck geraten werden. Das Motto heisst: Hin zu privatrechtlichen Bedingungen. Zu befürchten ist zudem, dass die Berufliche Vorsorge des Staatspersonals und der Lehrkräfte in der Diskussion bleiben und auch hier langfristig Massnahmen eingeleitet werden, die zu einem Kahlschlag in der Altersvorsorge führen könnten.

Verfehlte Finanzpolitik von Parlament und Regierung In den vergangenen Jahren hat sich das kantonale Parlament selber stranguliert: Mit den Entlastungen durch das neue Steuergesetz sowie die Abschaffung der Erbschaftssteuer wurden die Einnahmen in grossem Umfang reduziert. Dazu kommen die Steuerfussreduktionen, die weitere Einnahmehausfälle bewirkten. Daneben wurden (berechtigte) neue Aufgaben übernommen wie beispielsweise die Berufsschulen und die Berufsberatung, deren Kosten unterschätzt wurden und heute Mehrbelastungen in Millionenhöhe bedeuten. Dies wird jetzt als strukturelles Defizit dargestellt, das mit den Sparpaketen eliminiert werden soll.

Die Folgen dieser finanzpolitischen Kurzsichtigkeit sollen also jetzt die kantonalen Angestellten ausbaden. Dagegen wehren wir uns: **Diese Suppe sollen diejenigen auslöffeln, die sie eingebracht haben!**

**10. SEPT. 2003 RENTENALARM:  
11:45 - 12:15 Uhr, Bahnhofplatz St.Gallen**

## Hände weg von der AHV: Stoppt den Sozial - Staatsstreich von Couchepin und Co.

### „Die Renten haben den Existenzbedarf angemessen zu decken“, heisst es kurz und bündig in Artikel 112 der Bundesverfassung zur AHV.

Doch die Politikerinnen und Politiker halten sich nicht daran: 55 Jahre nach der Einführung der AHV sind die Renten immer noch nicht Existenzsichernd. 1055 Franken beträgt die Minimalrente, das Doppelte die Maximalrente. Davon kann man nicht leben und nicht sterben.

Letztes Jahr erhielten 82 Prozent aller Rentenbezüglerinnen eine AHV Rente, die kleiner war als die Maximalrente. Das heisst: Fast 1 Million alte Menschen bekamen weniger als 2110 Franken pro Monat.

Angesichts dieser Zahlen und dem Verfassungsauftrag, müsste man meinen, dass die Politikerinnen und Politiker die Leistungen der AHV verbessern müssten. Doch das Gegenteil ist der Fall.

Die AHV wird systematisch geschwächt – ausgerechnet jetzt wo klar wird, wie börsenabhängig und verletzlich die Pensionskassen sind. Jeder Angriff auf die schnell, stabil und kostengünstig wirkende AHV ist deshalb eine politische Attacke auf den Sozialstaat Schweiz.

Im nächsten Herbst soll im Parlament die Streichung des Mischindexes diskutiert werden. Unter Mischindex versteht man die Anpassung der AHV- Renten alle zwei Jahre an die Teuerung und Lohnentwicklung.

Wird die Lohnentwicklung zukünftig nicht mehr berücksichtigt, nimmt der Wert der Renten immer mehr ab. Die Jungen sind davon besonders stark betroffen, ihre Rente wird einst viel weniger Wert haben als heute.

Die Bundesräte Couchepin und Villiger wollen auf Kosten der AHV-IV den Bundeshaushalt sanieren. Die Streichung des Mischindex bringt dem Bund nur 75 Millionen, den Alten nimmt man aber 441 Millionen Franken weg.

Den Reichen werden Steuergeschenke in Milliardenhöhe gemacht, mit den tieferen Renten soll das Bundesdefizit wieder ausgeglichen werden.

### So nicht!

Die Streichung des Mischindex muss aus dem Villiger - Sparprogramm verschwinden!

### 10.9.2003 Rentenalarm:

10. September: Aktionstag in der ganzen Schweiz.  
St. Gallen: 11:55 Uhr - 12:15 Uhr Rentenalarm  
auf dem Bahnhofplatz St. Gallen

Geplant sind weitere Aktionen in Wil, Rapperswil und Sarganserland.  
Aufruf an alle Mitglieder, gebt Rentenalarm am 10. September!

### 20.9.2003 Grosskundgebung in Bern

Auf nach Bern! Grosskundgebung auf der Schützenmatte  
am 20. September in Bern, 13:30 Uhr

### Infos:

Unsere HomePage oder das Sekretariat halten Sie  
über die geplanten Aktionen auf dem laufenden.  
[www.vpod-ostschweiz.ch](http://www.vpod-ostschweiz.ch)  
tel: 071 / 223 80 43

## Lohnforderungen 2004:

### Weniger Lohn schwächt die Kauf- kraft und bremst den notwendigen Auf- schwung weiter aus.

Lohnforderungen 2004  
Der vpod Schweiz fordert trotz der angespannten Wirtschaftslage den vollen Teuerungsausgleich, Stellenerhalt und eine Reallohnerhöhung von 1-2 Prozenten. In der Region ostschweiz müssen wir uns auf schwierige Lohnverhandlungen einstellen. Der Spardruck vor allem im Kanton St. Gallen ist sehr hoch. Aber auch in Appenzell Ausserrhoden soll der Sparhebel angesetzt werden. Wir beugen uns nicht dem Spardiktat der Regierungen! Werden die Löhne nicht angeglichen sinkt auch das zur Verfügung stehende Geld (Kaufkraftverlust), dass die Wirtschaft dringend benötigt.

#### Der vpod ostschweiz fordert deshalb für:

**St. Gallen:** Einen Sozialplan für die vom bereits beschlossenen Stellenabbau betroffenen Mitarbeitenden, kein Aussetzen des Stufenanstiegs und dazu mindestens den Teuerungsausgleich.

**Thurgau:** Gemäss der Änderung der Besoldungsverordnung des Staatspersonals wird der Rückstand der Teuerung von 1,5% im Umfang von 0,5% ausgeglichen. Daneben muss auch die aktuelle Teuerung im 2003 ausgeglichen werden. Dazu fordern wir, dass die generelle Lohnentwicklung höher ist als die individuelle.

**Appenzell:** Nachdem letztes Jahr die Regierung die Forderung der Verbändekonferenz von 2/3 generelle und 1/3 individuelle Lohnerhöhung abgelehnt hat, wird der vpod für die Lohnrunde 2004 diese wieder stellen. Ausserdem fordert der vpod 2% generelle Lohnerhöhung plus den Teuerungsausgleich.



rechte Seite:  
Das Kleinplakat zum Ausschneiden. Machen Sie mit! Das Plakat gehört an das schwarze Brett von ihrem Arbeitsplatz.  
Der vpod macht mobil. Wir klären auf, wo die Politiker schweigen und Informationen fehlen.

# Die Zitrone ist ausgepresst:

Der vpod beugt sich nicht  
dem Spardiktat der Regierung!

Beschlossene Kürzungen in der  
Sondersession vom 1./2. Juli 2003  
und für das Budget 2004

- » Stellenabbau von etwa 100 Stellen
- » Kürzung der Treueprämie von 2. Mio
- » Keine Lohnerhöhung
- » Kein Stufenanstieg

geplante Sparmassnahmen in der  
Septembersession 2003

- » Streichung Bildungsurlaub für Lehrkräfte
- » Erhöhung der Schulklassengrösse
- » Neues 100 Mio. Sparpaket für 2005
- » Einsparungen durch: Zusammenlegung der kriminaltechnischen Dienste mit anderen Kantonen
- » Einsparungen durch Anpassung der Anstellungsbedingungen an das Privatrecht

geplante Strukturreformen in der  
Verwaltung für die Amtsdauer 2004/08

- » Privatisierung des Staatsstrassenunterhaltes
- » 5%-Stellenabbau bei der Zentralverwaltung
- » 10% der Personalabgänge nicht mehr ersetzen
- » 50%- Stellenabbau oder 20% Reduktion der Sachaufwände beim Umweltschutzamt
- » Kapazitätsabbau im Gesundheitsdepartement
- » 2 Mio. Einsparungen bei Berufsschulen - und Berufsberatung

vpod  ostschweiz  
die starke Gewerkschaft im öffentlichen Dienst

Nach 1991 und 1997 folgt 2004 das dritte Sparpaket, das die Arbeits- und Anstellungsbedingungen des Staatspersonals weiter verschlechtert. Die Zitrone ist ausgepresst - in vielen Bereichen leidet die Qualität der Arbeit, Stress und Druck steigen!